

Harry Naujoks

DAS

GESTERN

SOLL NICHT DAS

HEUTE

BESTIMMEN

KZ - SACHSENHAUSENHEFTE NR. 3 - KZ

OSR 424

2-

HARRY NAUJOKS

Das

Gestern

soll nicht das

Heute

bestimmen

Vortrag auf dem Bundestreffen ehem. Sachsenhausener
Häftlinge am 14. Oktober 1962 in Essen (Gekürzt)

Heike Duill
Marianne Groß
Breidensteiner Weg 74
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon 069/7893368

DIENST DER FREIHEIT-VERLAG
DORTMUND-BAROP

27011-357

Univ.-Bibl.
Giessen

Zuschriften und Meinungsäußerungen zu dem nachstehenden Vortrag sind zu richten an: Sachsenhausen-Komitee für die Bundesrepublik, Dtm.-Barop, Postf. 40.

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Heinz Junge, Dortmund-Barop, Pulverstraße 13
Telefon: 7 25 83. Druck: H. Peglow, Witten (Ruhr).

Vorwort

Die alten „Lagerhasen“ des Konzentrationslagers Sachsenhausen aller politischen und weltanschaulichen Schattierungen erinnern sich gern und dankbar ihres langjährigen „L. Ä. I.“, des ersten Lagerältesten Harry Naujoks.

Er fragte nicht nach Partei- oder Gebetbuch, Hautfarbe oder rassischer Herkunft seiner Leidensgefährten, sondern fühlte sich allen Mühseligen und Beladenen gleich verpflichtet. Seine schwierige und dornenreiche Mittlerrolle zwischen der von sadistischer Quäl- und Mordlust getriebenen SS-Lagerführung und SS-Wachmannschaft und den buntgewürfelten „Häftlingshaufen“ hat ihn seelisch schwer belastet. Trotz Not und Todesgefahr setzte er sich mannhaft und mutig für alle Häftlinge ein.

Die um ihres Glaubens oder ihrer Rasse verfolgten Häftlinge konnten sich keinen besseren Fürsprecher und Verteidiger ihrer Lagerbelange wünschen als den „andersgläubigen“ und „roten“ Harry Naujoks.

Er war nie ein Duckmäuser, Leisetreter oder „Radfahrer“ er kämpfte stets für Wahrheit, Frieden und Gerechtigkeit.

Möge das, was er uns Überlebenden der Todesmühle Sachsenhausen auf unserem letztjährigen Bundestreffen in Essen- klar und offenherzig wie stets- zu sagen hatte, ein weithin hallendes Echo finden.

Franz Ballhorn

Liebe Kumpel!

Wir haben im Konzentrationslager Sachsenhausen oft darüber diskutiert, wie unser Deutschland nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft aussehen würde. Niemand von uns wußte, ob er es noch erleben würde, denn jede Stunde eines jeden Tages konnte uns ja den Tod bringen. Und doch diskutierten wir mit heißem Herzen und klarem Verstand über das zukünftige Deutschland in der Gewißheit, daß die gute Sache, der wir alle dienten, siegen würde. **Wenn wir uns auch nicht in allem, was die Zukunft anbetraf, einig waren, so doch in einer Frage immer ohne jede Einschränkung: Deutschland darf niemals wieder nazistisch und antisemitisch werden.** Wir waren uns einig, daß nur die restlose Überwindung des Nationalsozialismus unsere Zukunft sichern konnte.

Daß wir aber heute — 1962 — noch immer vor diesem Problem stehen, erfüllt uns mit großer Sorge. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion zu glauben, daß sich diese Probleme von selbst, von sich aus, ohne unseren Antrieb lösen werden.

Weil wir die Gefahr, die unserem Lande durch den Nationalsozialismus drohte, rechtzeitig erkannt hatten, haben wir ihn bekämpft. Wir stellten diesen Kampf auch nicht ein, als unsere Warnungen in den Wind geschlagen wurden. Wir gingen dafür in die Zuchthäuser und Konzentrationslager. Und auch hier führten wir unseren Kampf gegen den gemeinsamen Feind weiter. Wir kamen ins Konzentrationslager nicht nur aus allen Ländern, sondern auch aus allen politischen und religiösen Lagern. Hatten wir vorher über die Zukunft gestritten, so hatte uns die Gegenwart in den Konzentrationslagern zu einer Gemeinschaft werden lassen. Allein dadurch haben wir überlebt.

Nicht Glück oder Schlaueit, nicht der Zufall ließ uns überleben, sondern allein der Gemeinschaft der brüderlichen Hilfe und des gemeinsamen Widerstandes verdanken wir unser Leben. Weil keiner den Nationalsozialismus so kennt, wie wir ihn kennen, werden wir auch jetzt nicht ruhen, bis der Nazismus aus der Welt verschwunden ist.

Als wir das Lager hinter uns ließen, glaubten wir, daß die Bestrafung der Totschläger und Mörder die erste, die selbstverständlichste, die einfachste Sache von der Welt sein würde. Aber was ist heute? Nach 17 Jahren ist die Bestrafung der Mörder noch immer ein Problem. Bisher standen 5372 Totschläger und Mörder vor deutschen Gerichten. Verurteilt wurden 131 wegen Mordes und 231 wegen Totschlags. Todesurteile wurden 12 ausgesprochen, die aber nicht vollstreckt wurden, und 68 Urteile, die lebenslängliche Haft aussprachen. Es bleiben also Unzählige, die noch nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Die Zentralstelle in Ludwigsburg meldet, daß noch etwa 800 Fälle in Bearbeitung sind.

Es ist beängstigend, daß unser Staat so lange braucht und es ihm offensichtlich sehr schwer fällt, die Fälle aufzuarbeiten. So leben die noch nicht entlarvten und die wieder freigelassenen Verbrecher unter uns, als sei nichts geschehen... In vielen Fällen sitzen sie in hohen Stellungen und sind hochgehrt, so, als sei Mord an Juden und Hitlergegnern nichts Ehrenrühriges,

als sei dies ein „politischer Irrtum“ und kein kriminelles Verbrechen. Nirgends sind Verbrechen mit so gutem Gewissen begangen worden wie im nationalsozialistischen Deutschland.

Diese Verbrechen anzuprangern heißt bei vielen „das eigene Nest beschmutzen“. Beschmutzt worden ist unser Nest durch die Untaten der Nazis. Dafür ist die ganze Welt Zeuge. Und **wer sich dagegen wehrt, daß wir unser Nest nun säubern, billigt die Verbrechen der Vergangenheit.** Vor Gewalt- und Triebverbrechern erfaßt jeden Abscheu, soll das vor dem uniformierten SS- und Naziverbrecher anders sein? Bedrohen diese unsere Sicherheit nicht ebenso? Wir haben die Mordgier in ihren Augen funkeln sehen, ihre Lust am Töten gespürt. Sie sind eine Gefahr, vor der wir uns schützen müssen.

II

Die SS, die Gestapo, der SD waren die Keimzellen der nationalsozialistischen Macht, sie waren die gefügigen Werkzeuge dieses Terror-systems. Deshalb fordern wir die Entfernung aller Angehörigen dieser Organisationen sowie die Teilnehmer an allen Liquidationskommandos aus den Schutz- und Sicherheitsorganen, aus der Justiz, den Verwaltungs-, Erziehungs- und Informationsstellen der Bundesrepublik.

Ihre Ausmerzung aus diesen Organen der Bundesrepublik darf nicht erst dann akut sein, wenn sie als Mörder juristisch überführt sind. Wie viele werden erst durch einen Zufall entlarvt, denn die Opfer sind tot und die Zeugen für den Mord wurden ebenfalls beseitigt. Wir wissen aber aus eigenem Erleben, daß sich kaum einer von ihnen von den Verbrechen ausschloß. Unsere Sicherheit, die Sicherheit der Bundesrepublik erfordert gebieterisch ihre Entfernung aus diesen Ämtern.

Es gab einen Himmler, einen Eichmann, einen Bugdalle, einen Pistolenschubert und wie sie sonst noch heißen mögen, aber dennoch darf die **Frage nach den intellektuellen Anstiftern**, ohne deren Wirken diese Untaten gar nicht möglich gewesen wären, nicht verstummen. Ohne die Ideologen des Antisemitismus hätte es keine Mörder, Blutrichter, Arisierer etc. gegeben. In der „Zeit“ vom 29. 6. 1962 heißt es in einem anonym erschienenen Artikel „Ich war NS-Jurist“: „... derselbe Staat, der Staatssekretäre und andere Würdenträger mit und trotz Verstrickung in jene Unrechtsmaschinerie unbehelligt weiteramtieren läßt — Politiker, Ministeriale, Kommentatoren, die etwa durch Zustimmung zu dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz und anderen NS-Gesetzen dem Unrecht ermöglicht haben, sich den Mantel des Gesetzes umzuhängen ...“

Wir dürfen aus Rücksicht auf Personen keine Tatsachen verschweigen. Wir müssen den Mut zur Wahrheit haben. Wir dürfen nicht schweigen, wo das Schweigen zur gefährlichen Lüge wird.

Wer sich an den Untaten der Nazis beteiligte, ist dafür verantwortlich. Wenn sie heute sagen, sie seien nur im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, so fragen wir, was es denn noch Schlimmeres hätte geben können als Konzentrationslager, Gaskammern, die Vernichtung der Juden und die Verwandlung eines großen Teiles Europas in ein Gräber- und Trümmerfeld?

Was haben sie denn verhindert? Heute haben sie alle einen Juden oder einen Hitlergegner gefunden, dem sie geholfen haben wollen. Sicher mag der Eine oder Andere hilfsbereit gewesen sein, sobald ein Einzelschicksal

seinen Weg kreuzte. Das hinderte sie aber nicht, Millionen ins Unglück zu stürzen. Sie sind genau so schuldig wie ihre ausführenden Organe. Wir wissen aus unserer Erfahrung, daß es SS-Totschläger gab, die aus einer Laune heraus oder nach Abkühlung ihrer Mordlust diesem oder jenem Häftling das Leben schenkten. Macht das ihre Morde ungeschehen? Wir haben erlebt, daß Himmler bei einem Besuch in Sachsenhausen einen Häftling, der zufällig seinen Weg kreuzte, aus dem Lager entließ, weil er hochgewachsen, blond und blauäugig war. Wir lasen damals in der Zeitung, daß Julius Streicher aus dem Lager Dachau einige Häftlinge herausholte, sie zu einer Kaffeetafel mit ihren Frauen brachte und dann aus der Haft entließ. Sind Streicher und Himmler deshalb unschuldig?

Die heute noch im Amt sitzenden Täter und Mittäter sind eine ernsthafte Bedrohung.

Was macht solch ein führender Mann der Verwaltung, der Justiz, der Polizei, der Wirtschaft, wenn ihm einer aus seiner Kumpanei der Verbrechen gegenübersteht? Entweder zeigt er sich erkenntlich aus alter Verbundenheit oder er ist aus Furcht vor Entlarvung zu allem bereit, was von ihm gefordert wird. Das Resultat ist das gleiche. Die organisierten Nazis finden immer neue Ansatzpunkte für ihr Wirken. Welchen Einfluß sie z. B. bei der Besetzung führender Positionen in der Polizei der Bundesrepublik haben, mögen einige Beispiele zeigen, die ich der „Zeit“ vom 8. Juni 1962 entnehme:

„Aus den Unterlagen der nordrhein-westfälischen Bezirksfachabteilung Polizei der Gewerkschaft ‚öffentliche Dienste‘ (OTV) geht hervor, daß der Chef, sein Stellvertreter und vier Gruppenleiter der Kölner Kriminalpolizei früher den Rang von SS-Sturmbannführern bekleideten. Allein in Nordrhein-Westfalen, so fand die Düsseldorfer OTV-Polizei heraus, sind noch heute zwölf Kripo-Chefs, drei stellvertretende Leiter und fünf Gruppenleiter aus dem Landeskriminalamt im Dienst, die ebenfalls einmal die Uniform eines SS-Sturmbannführers trugen... Bis zum Sommer 1960 waren allein in Nordrhein-Westfalen fünf Kripoleiter verhaftet worden; wegen Aussageerpressung oder Rechtsbeugung die einen, wegen Mordverdacht in einzelnen oder mehreren Fällen die anderen.“

„In der Kriminalpolizeibehörde einer größeren westdeutschen Stadt fanden sich nach und nach die ‚alten Kameraden‘ einer ehemaligen SS-Einsatztruppe — vom Führer bis zum Krafftfahrer — wieder ein.“

In dem Prozeß, der wegen Erschießung von mindestens 162 Juden gegen den Leiter der Gießener Schutzpolizei, Hans Hoffmann, geführt wurde, waren „fast alle der vierzig Zeugen, die in diesem Prozeß auftraten und die zu der Einheit Hoffmanns gehörten, aktive Polizeibeamte.“

Johannes Pradel, einer der Erfinder der fahrbaren Gaskammern, war bis 1960 Leiter der Abteilung Polizei beim Regierungspräsidenten von Hannover. Ich erwähne noch den Stellvertretenden Leiter der Polizei-Inspektion Berlin-Charlottenburg, Polizeirat Graurock, der 1944 als SS-Führer in Dänemark an Verbrechen beteiligt gewesen sein soll. Oder den Leiter des Landeskriminalamtes von Rheinland-Pfalz, Heuser, dem seine Amtskollegen nach seiner Verhaftung Blumen ins Gefängnis schickten. Oder die beiden Kriminalinspektoren Konrad Zimmer und Gustav Hein, die früher dem „Einsatzkommando 9“ an-

gehörten und **jetzt der ‚Sicherungsgruppe Godesberg‘**, „jener Kriminalpolizei des Generalbundesanwalts also, die als Hüter der freiheitlichen Ordnung unseres Rechtsstaates gilt und die den Auftrag hat, die Bundesrepublik vor Landesverrättern, Hochverrättern und Spionen zu schützen“.

Dies sind nur wenige Beispiele von vielen. Wie viele Mörder, NS-Verbrecher noch unerkannt sind, können wir nicht einmal annähernd schätzen. Das Besorgniserregende ist, daß bei ihrer Wiederverwendung in den meisten Fällen bekannt war, daß sie der SS, dem SD oder einem Einsatzkommando angehört hatten.

Wir wissen seit langem, daß sich zahlreiche Mörder durch die Flucht der Verantwortung vor einem deutschen Gericht entziehen konnten. Wir wissen auch, daß diese Flucht von den Nazis organisiert war. Ich erinnere an die Flucht Eiseles, Zinds, Eichmanns und vieler anderer. Es ist nicht bekannt, was unsere Ermittlungsbehörden unternommen haben, um diese Organisation zu zerschlagen. Die Bundesrepublik hatte zwar einen Beobachter beim Eichmann-Prozeß, aber wie weit sich die Beobachtung auf die näheren Umstände der Flucht Eichmanns aus der Bundesrepublik erstreckte, ist bisher nicht bekannt geworden.

Der Leiter des Krematoriums in Sachsenhausen, SS-Hauptscharführer Klein, floh 1948 nach Westberlin und lebte dort bis 1962 unter falschem Namen. Klein sagte im Prozeß gegen den Adjutanten des Kommandanten von Sachsenhausen, Wessel, aus, daß er vor seiner Verhaftung einen Warnbrief bekommen habe, in dem ihm seine bevorstehende Verhaftung angekündigt worden war. Auch hier ist nicht bekannt, ob und welche Ermittlungen eingeleitet wurden.

Das Wirken dieser Naziorganisation ist auch in einer Reihe weiterer Prozesse gegen Naziverbrecher sichtbar geworden. So sagten Zeugen in Widerspruch zu ihren vorher gemachten Zeugenaussagen plötzlich einheitlich zugunsten des Angeklagten aus. Ich erinnere an den Sachsenhausenprozeß gegen Schubert und Sorge. Nachdem wir schon während des Prozesses darauf hingewiesen hatten, daß die Haltung der beiden Angeklagten offensichtlich gelenkt wurde, legten beide gegen Schluß der Verhandlung das Geständnis ab, daß ihnen sofort bei ihrem Eintreffen im Lager Friedland genaue Verhaltensregeln gegeben worden waren. Auch ein Rechtsanwalt war ihnen genannt worden, an den sie sich halten sollten. Es ist auch hier nicht bekannt geworden, was die Ermittlungen ergeben haben. Lediglich ein SS-Führer, der unter falschem Namen eine maßgebliche Rolle in der Verwaltung des Lagers Friedland spielte, stellte sich freiwillig der Polizei.

Auch die systematische Diffamierung der Juden und Hitlergegner läßt auf eine zentral gelenkte Aktion der Nazis schließen. So erklärte Pistolen-Schubert im Sachsenhausenprozeß in Bonn, daß nicht die SS, sondern „die Roten“ die Häftlinge ermordet hätten. Bugdalle erklärte in seinem Prozeß in München, es seien die „Juden und die Politischen“ gewesen, die die Häftlinge umgebracht hätten. Im Ärzte-Prozeß in Münster wurde die Schuld auf die „katholische Hierarchie“ geschoben. Im Dusenschön-Prozeß in Hamburg waren es „die Sozialdemokraten“, die als Verräter hingestellt wurden. Im westdeutschen Rundfunk erklärte **Klaus Harpprecht**, „die kommunistische Häftlingsverwaltung hätte die Häftlinge der Gestapo ausgeliefert“.

An diesen Sachsenhausener Beispielen zeigt sich, daß es der SS nicht nur

darum geht, ihre Schuld auf andere abzuwälzen. Es geht ihr auch nicht nur um die Belastung dieser oder jener Person oder dieser und jener Gruppe. Hier wird klar, daß es sich um eine zentral gelenkte Aktion zur Diffamierung des Widerstandes gegen Nazismus überhaupt und um eine Leugnung der nationalsozialistischen Untaten handelt. Wir sollten mehr als bisher entschieden und konsequent diesen Diffamierungen entgegentreten. Unser Hinweis an den bayrischen Justizminister zu Bugdalles Verhalten in der Gerichtsverhandlung wurde mit einer nichtssagenden, ja anfechtbaren Erklärung abgetan. Über die Behauptung des Herrn Harpprecht gab es einen Briefwechsel mit dem Westdeutschen Rundfunk, der ergab, daß der Beweis für die Behauptung nicht angetreten werden konnte. Hieran zeigt sich, wie notwendig es ist, solche Fragen der Öffentlichkeit darzulegen.

Diese Beispiele machen deutlich, welchen Einfluß die Nazis heute auf die Erringung von Positionen, auf die Flucht der Mörder, auf ihre Verteidigung und auf die Diffamierung des Widerstandes haben. Darüber hinaus verbreitern sie ihren Einfluß noch durch die Ausnutzung der ihnen gegebenen legalen Möglichkeiten. So werden die Treffen der Waffen-SS durch die Teilnahme von Vertretern demokratischer Parteien salonfähig gemacht. Es geht uns bei der Stellungnahme zu dieser Haltung nicht um die Auseinandersetzung über Parteifragen. Wir haben in allen Parteien Frauen und Männer, die bereit sind, dem Anwachsen des nationalsozialistischen Einflusses entgegenzutreten. Der Kampf gegen den Nazismus ist keine Frage von rechts oder links. Die SS ist die Organisation Himmlers, Eichmanns und Eickes. Mit ihr gibt es nichts Gemeinsames. Hier muß Klarheit geschaffen werden, weil jedes Nachgeben von der politischen Unterwelt dazu ausgenutzt wird zu dokumentieren: wir sind noch da, wir sind auch heute noch ein Faktor, wir sind ja anerkannt.

Wir dürfen nicht müde werden, unsere Besorgnis über diese Entwicklung zum Ausdruck zu bringen und entschiedene Maßnahmen zu fordern, die zur Entfernung aller Mörder und Totschläger führen müssen. Wo sie wirken, sind Recht und Sicherheit ernsthaft bedroht. Deshalb wird die Lösung dieses Problems zu einem dringlichen Anliegen unseres ganzen Volkes.

III

Es sollte unser Bestreben sein, von allen Verbänden und Organisationen Stellungnahmen zum Problem des Nationalsozialismus und Antisemitismus zu erwirken. Ich denke dabei an die Standesorganisationen der Ärzte, Juristen, Publizisten, an die Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände usw.

Wie schnell und wie leichtfertig wird in unserem Lande für einen Nazi Stellung genommen, wenn er zur Verantwortung gezogen werden soll. Sicherlich sind nicht alle diese Stellungnahmen von Nazis gelenkt worden, obwohl auch hier ihre Hand zu spüren ist. Die Familie, die Freunde, die Berufskollegen kennen die Unmenschen nur aus der privaten Sphäre. Sie mögen sie als gute Fachleute kennen. Wir wissen aber, wie sie ihre Fachkenntnisse zu den ungeheuerlichsten Verbrechen benutzten. So war z. B. **Bugdalle** bei seinen Nachbarn als hilfsbereiter Mensch bekannt. Wir kennen ihn als den wohl brutalsten Meuchelmörder aus der großen Zahl der SS-Verbrecher. Der „**Eiserne Gustav**“ weinte bitterlich, als er seinem Sohn eine Ohrfeige gab.

Wir aber kennen ihn als einen brutalen Schläger. Auch der **Kommandant von Auschwitz** und frühere Lagerführer von Sachsenhausen, der Millionen von

Frauen und Kindern in den Gaskammern vernichtete, war ein guter Familienvater. **In der Beurteilung dieser Unmenschen kann aber nicht der Maßstab angelegt werden, wie sie sich privat verhalten, sondern wozu sie erwiesenermaßen fähig waren und vielleicht wieder sein können.**

Jeder Arzt, der in die SS eintrat oder der sich an Euthanasie-Morden oder Versuchen an Menschen beteiligte, brach den von ihm geleisteten hippokratischen Eid. Die Organisationen der Ärzte dürfen nicht länger dazu schweigen. Sie müssen verhindern, daß in ihren Reihen noch Ärzte arbeiten, die das Leben ihrer Patienten nach Lebenswert oder Lebensunwert einschätzen. So haben wir kein Verständnis für die Erklärung des **schleswig-holsteinischen Kultusministers Osterloh**, der zum Falle des an den Euthanasieverbrechen beteiligten Professor Catel sagte: „... Ich fühle mich verpflichtet, meine Überzeugung auszudrücken, daß Prof. Catel bei seiner Tätigkeit vor 1945 subjektiv der Meinung war, auch im sittlichen Sinne nichts Unrechtes getan zu haben und daß er sein Votum nur abgegeben hat bei Wesen, die nie menschliches Bewußtsein erlangen würden.“ („Welt“ v. 18. 8. 1960.)

So konnte dieser Professor Catel als Ordinarius für Kinderheilkunde und Direktor der Universitätsklinik in Kiel wirken, bis die Proteste aus der deutschen Bevölkerung und dem Ausland seine Entfernung aus diesem Amt erzwangen. In einer Stellungnahme der Hamburger Ärztekammer zu sechs Hamburger Ärzten, die im Hamburger Stadtteil Rothenburgsort 68 Kinder ermordet hatten („eingeschläfert“ nannten sie es), heißt es: „... daß keine rechtliche Möglichkeit und auch keine Veranlassung bestehe, gegen die betreffenden Ärzte behördliche oder strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten.“ („Welt“ v. 24. 2. 1961.) Es üben noch heute zahlreiche Ärzte dieser Art ihre Praxis aus.

Weil wir diese Ärzte für jeden Patienten für eine Gefahr halten, sollten wir in Aussprachen mit den in Frage kommenden Standesorganisationen eine entscheidende Stellungnahme veranlassen.

Auch von unserer Justiz erwarten wir größere Anstrengungen als bisher, sich mit den Problemen der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Es genügt nicht, sich mit den „Blutrichtern“ zu beschäftigen. Zumal selbst dieses Problem bisher völlig unzureichend gelöst worden ist. **Es geht nicht nur um die „Blutrichter“. Es geht auch um jene Richter, die sich nur durch die Lautstärke ihrer Plädoyers von Freisler unterschieden.**

Die Haltung der Justiz im Dritten Reich als Bruch mit der Tradition zu erklären, heißt die Dinge zu simplifizieren. Unbestreitbar ist, daß die Justiz einen wesentlichen Anteil am Sturz der Weimarer Republik hatte. Was mit Jorns begann, mußte mit Freisler enden. Der Nazi-Justiz gingen die Fememordprozesse, die Prozesse um die Schwarze Reichswehr, die Prozesse gegen Fechenbach, Bullerjahn und Ossietzky, der schändliche Prozeß um den ersten Reichspräsidenten Ebert voraus. Ich erinnere an die zahlreichen Prozesse um die Terroraktionen der SA und SS, in denen nicht die Naziterroristen, sondern ihre Opfer schuldig gesprochen wurden. So ist es nur folgerichtig, daß die deutschen Richtervereine zu den ersten Organisationen gehörten, die erklärten, sich

„freudig und aufrichtig zur nationalen Regierung der deutschen Volksgemeinschaft unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler (zu) be-

kennen und am Aufbau einer arteigenen Rechtsordnung für die neue Volksgemeinschaft mit allen Kräften und unter Einsetzung all ihrer reichen Erfahrungen mitzuarbeiten gewillt sind". (Deutsche Richter-Zeitung 1933, S. 1889/190.)

Und so arbeiteten sie unter Einsetzung aller ihrer reichen Erfahrungen, die sie in der Zeit der Weimarer Republik gesammelt hatten, mit und für Adolf Hitler. **Sie handelten freiwillig und nicht unter Zwang und Drohung. Sie handelten oft im nationalsozialistischen Ungeist bevor es Gesetze gab, und legten sie verschärfend aus, nachdem sie erlassen waren. Sie schwiegen zu den Folterungen durch die Gestapo oder deckten sie und schickten die Gestapo-Opfer in die Zuchthäuser.** Sie verstießen die jüdischen Menschen aus der Gesellschaft bevor es die antisemitischen Gesetze gab. So schreibt Bruno Blau in seinem Buch „Das Ausnahmerecht für die Juden in den europäischen Ländern 1933—1945“: „In den früheren Jahren aber, als die Gerichte noch mehr Gelegenheit hatten, sich mit den Juden zu beschäftigen, zeigte sich auf allen Gebieten des Rechtslebens die Tendenz, die jüdischen Parteien zu schädigen und schlechter zu stellen als die übrige Bevölkerung...“

Wir müssen erkennen, daß es hier nicht um Schuld oder Unschuld einzelner geht, sondern um die Glaubwürdigkeit der deutschen Justiz. Wir erkennen an, daß es auch Richter gab, die ihre Anteilnahme und ihre Menschlichkeit spüren ließen. Mit der Berufung auf diese Wenigen ist aber die Hypothek der Vergangenheit nicht zu löschen. Das erfordert noch große Anstrengung und vor allem viel guten Willen. Wenn das aus der Vergangenheit begründete Mißtrauen zu unserer Justiz überwunden werden soll, muß offen über alle Fragen gesprochen werden. Die Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik zeigen uns, welche Gefahr darin liegt, jede Kritik mit dem Hinweis auf die „Unabhängigkeit des Richters“, der nur dem „Recht unterworfen ist“, zu unterdrücken. Dabei soll anerkannt werden, daß in manchen Prozessen gegen Naziverbrecher das Bestreben sichtbar geworden ist, Klarheit über diese Zeit zu schaffen.

Diesen Prozessen stehen aber andere gegenüber, die mit Freisprüchen endeten oder mit Urteilen, wie sie bei Kavaliersdelikten üblich sind.

Welche Erinnerungen werden bei folgenden Äußerungen wach?: In dem freisprechenden Urteil gegen den Kreisleiter und den Kreisobmann der Arbeitsfront von Esslingen wegen Zerstörung einer Synagoge sagte der Vorsitzende bei der Urteilsbegründung: „... es müsse jetzt ein Strich unter die Straftaten gemacht werden, die unter dem nationalsozialistischen Regime von derartigen Mitläufern begangen worden seien... Sie seien der damaligen Massenpsychose zum Opfer gefallen.“ („Neue Zeitung“ vom 6. 9. 1951)

Ein Freispruch von zwei Arisierern wird so begründet: „Sie hätten aber nicht das Bewußtsein dieser Rechtswidrigkeit.“ („Neue Zeitung“ v. 10. 8. 51.)

In dem Urteil gegen den Angeklagten Müller wegen Ermordung des Bürgermeisters von Burgtham begründet das Gericht die Einstellung des Verfahrens folgendermaßen: „Müller sei in verhältnismäßig jungen Jahren mit einer Dienststellung betraut worden, der er nur bedingt gewachsen gewesen sei. Auch wurde für seine Amnestiewürdigkeit berücksichtigt, daß er von frühester Jugend an ‚im Ungeiste des Nationalsozialismus‘ und zu unbedingtem Gehorsam erzogen worden sei und sich als Frontsoldat bewährt habe.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 3. 10. 58.)

Im Prozeß gegen den **Blockführer Layer** aus Groß Rosen erklärt das Gericht über die Ermordung eines Häftlings: „Es war kein Mord, weil Tötung durch Erschießen nicht grausam ist.“ („Welt“ v. 10. 11. 1960.) In einem Prozeß gegen einen Bundeswehr-Unteroffizier, der seine frühere Freundin durch Schüsse schwer verletzt und deren Begleiter ermordet hatte, heißt es zu den strafmildernden Gründen: „Das Schwurgericht verkannte nicht, daß der junge Angeklagte sich nach der Tat männlich und soldatisch verhalten habe.“ („Weser-Kurier“ 18. 3. 61.)

In einem Prozeß in Lüdenscheid gegen den Schriftleiter und Verlagsdirektor einer Zeitung wegen schmutziger antisemitischer Hetze begründet das Gericht die Bewährungsfrist für die beiden Angeklagten in dieser Weise: „... damit die Bevölkerung das Vertrauen in die Unbeeinflussbarkeit der Gerichte behält und nicht den Verdacht schöpfen muß, daß das Ausmaß und die Art der Strafen wesentlich durch Zeitgeist und sogenannte öffentliche Meinung, wie sie Auslands- und Inlandspresse vertritt, in eine bestimmte Richtung verschoben werden.“ („Vorwärts“ v. 29. 8. 1962.)

Laßt mich abschließend noch einige Entscheidungen zitieren, welche die Opfer des Naziterrors betreffen. So stellte im Jahre 1954 das Kammergericht West-Berlin in einem Urteil fest, daß das nationalsozialistische „Gesetz zur Sicherung gegen heimtückische Angriffe gegenüber Staat und Partei“, also das berüchtigte „Heimtückegesetz“, „kein typisches nationalsozialistisches, sondern ein normales Strafgesetz“ gewesen sei. („Metall“ v. 7. 5. 54.)

Der dritte Zivilsenat des Bundesgerichtshofes lehnt im Juli 1962 die Entschädigungsansprüche eines durch Entscheidung des nationalsozialistischen Erbgesundheitsgerichtes zu Unrecht Sterilisierten ab. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. 7. 1962 zitiert aus der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes: „Aber auch solche objektiv unrichtigen Richtersprüche werden ‚rechtskräftig‘ und müssen ‚von Rechts wegen‘ vom Staatsbürger hingenommen werden... Eine durch ein Erbgesundheitsgericht angeordnete Unfruchtbarmachung gewährt nicht schon um deswillen einen Aufopferungsanspruch, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für die Maßnahme objektiv nicht vorlagen.“

Das West-Berliner Kammergericht begründet die Ablehnung von Wiedergutmachungsansprüchen so: Der Antragsteller „hat nicht den Nationalsozialismus aktiv bekämpft... Seine Tätigkeit hat sich... lediglich darauf gerichtet, den vom Nationalsozialismus verfolgten Juden zu helfen und sie vor der Vernichtung zu retten. Dies ist anerkennenswert, aber keine aktive Bekämpfung des Nationalsozialismus.“ (Aus Kurt R. Grossmann „Die unbesungenen Helden“, S. 164.)

Der vierte Zivilsenat des Bundesgerichtshofes lehnte Wiedergutmachungsansprüche ab mit dem Hinweis, daß die Handlungsweise des Antragstellers „nicht geeignet (war) der NS-Gewaltherrschaft in nennenswertem Ausmaß Abbruch zu tun.“ („Spiegel“ v. 6. 12. 61.)

Zeigen diese Beispiele nicht, wie notwendig es ist, auch auf dem Gebiet der Justiz Klarheit über die Vergangenheit zu schaffen und die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen?

Wie können wir die Abwendung vom Nationalsozialismus jemals glaubhaft machen, wenn wir es nicht mit der nötigen Konsequenz tun?

Nach dem „Vorwärts“ vom 13. 12. 61 gab der Innenminister von Niedersachsen „eine Garantie für die Sauberkeit der ihm unterstellten Polizei“ ab.

Ich brauche dem Herrn Innenminister nur den Namen Erdmann (heute Polizeihauptmeister in Stade) zu nennen, der als Leiter der Politischen Abteilung einer der verantwortlichen Männer für die in Sachsenhausen begangenen Verbrechen war.

Sind wir nicht alle tief betroffen, wenn eine Regierung wie der Hamburger Senat, dem eine ganze Reihe von Männern angehören, die Leben und Gesundheit im Kampf gegen den Nationalsozialismus eingesetzt haben, zum Verbleiben im Amt des Staatsanwalts und Sachbearbeiters für Landesverrat, Löllke, trotz nachgewiesenen Todesurteils im Dritten Reich, die lapidare Erklärung abgibt: „Löllke hatte gar keine andere Wahl. Ihm blieb nichts weiter übrig, als nach diesem Gesetz das Todesurteil zu beantragen oder seinen Dienst zu quittieren.“

Was sollen wir von einer Stellungnahme des baden-württembergischen Innenministers Filbinger halten, der erklärte: „Wir können unseren Polizeibeamten nicht ins Herz sehen.“ („Allgem. Wochenzeitung der Juden“ v. 16. 3. 62.) Uns würde es schon genügen, wenn Herr Filbinger in das Soldbuch seiner Beamten hineinsehen würde. Wie viele hohe und höchste Beamte, denen niemand „ins Herz sehen konnte“, sind heute wegen der ungeheuerlichsten Verbrechen verhaftet oder verurteilt worden. Das überaus Bedenkliche scheint mir darin zu liegen, **daß die Entlarvung führender Männer als Verbrecher heute kaum Aufsehen erregt**, oft ist sie nur einem Zufall zuzuschreiben.

Wir aber sollten nicht aufhören, die Frage zu stellen, wie es möglich war, daß sie wiederingestellt wurden, obwohl es bekannt war, daß sie führende Funktionen in der SS, dem SD, den Einsatzkommandos etc. hatten; wie es möglich war, daß sie ihren Einfluß jahrelang ausüben und erweitern konnten.

Wie ist es möglich, daß sie sogar nach der Verhaftung noch mit höchstem Lob bedacht werden. Handelt es sich bei diesen um die „dringend benötigten Fachleute“? Dieser Begriff wird zum Hohn, wo es sich um Fachleute der Menschenvernichtung handelt.

Wir sollten die Parteien und Abgeordneten unserer Parlamente davon zu überzeugen versuchen, daß uns auch in diesen Fällen nur eine eindeutige Stellungnahme der Überwindung des Nationalsozialismus näher bringen kann. Das heißt also konkret: die Fäden zu den NS-Organisationen bloßlegen und zerreißen!

Auch die Presse sollte hier aktiver werden. Gemeinsame Aussprachen mit den Journalisten müßten von uns angestrebt werden, um auch hier Bagatellisierung oder gar Verteidigung des Nazismus auszuschließen. Wir sollten dabei genau unterscheiden, wo Absicht oder Unüberlegtheit vorliegt. Das müßte in jedem Falle durch eine Diskussion geklärt werden. Der ständig wachsende Einfluß des Nazismus und Antisemitismus erfordert eine ständige Auseinandersetzung, wobei der Presse eine besondere Bedeutung zukommt. Die Beziehungen der Widerstandskämpfer zur Presse bestanden bisher in Pressekonferenzen und gelegentlichen Leserbriefen. Wir sollten darüber hinaus zu gemeinsamen Aussprachen mit den Journalisten — mit einzelnen oder mehreren — zusammenkommen.

Ein Beispiel für die Rolle der Presse: In der „Welt“ vom 1. Sept. 1962 setzt sich Hans-Dietrich Sander mit der Fernsehsendung „Vor unserer eigenen Tür“ auseinander. Ich beziehe mich nur auf den Teil des Artikels, der sich mit Sachsenhausen beschäftigt, und zwar mit Dr. Baumkötter. Es heißt dort: „... daß in einem wochenlangen Prozeß über hundert Zeugen keinen Beweis für eine direkte Übeltat Baumkötters erbringen konnten.“ „... daß Baumkötter nie mehr als Arzt tätig sein kann, daß eine Zuchthausstrafe bei uns Berufsverbot und Aberkennung der akademischen Titel einschließt“.

Daß zur Zeit Dr. Baumkötters in Sachsenhausen mehr als 13 000 Menschen elendig ums Leben kamen, darüber kein Wort bei Herrn Sander, aber bittere Klage über den Verlust des akademischen Titels.

Im dpa Bericht über den Prozeß heißt es: „Nachdrücklich wies der Vorsitzende darauf hin, daß den Verurteilten Dr. Baumkötter und Dr. Gaberle die Berufsausübung nicht verboten werde. Auch die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen nicht aberkannt.“ Was aber sagt Herr Sander? „... daß Baumkötter nie mehr als Arzt tätig sein kann.“ **Herr Sander verschweigt auch, daß Dr. Baumkötter zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er Listen der Häftlinge aufstellen ließ, die umgebracht wurden.** Auch daß die verhängte Strafe durch die Untersuchungshaft und Internierung als verbüßt gilt, verschweigt Herr Sander. Wir dürfen solch eindeutige Stellungnahmen für SS-Führer nicht hinnehmen.

Auch der Nazi-Jargon muß aus den Zeitungen verschwinden. Zum Beispiel der „Halbjude“, der „Judenjunge“, der „von jüdischen Eltern geborene Prozeßagent“ usw.

Presse und Rundfunk könnten wesentlich dazu beitragen, das wahre Gesicht des Nationalsozialismus vor der gesamten Öffentlichkeit bloßzulegen. Mit Bedauern stellen wir fest, welch geringen Widerhall die Prozesse gegen Naziverbrecher im Rundfunk und in der Presse finden.

Dem Argument der Journalisten, daß Prozesse über Naziverbrechen nur einen geringen Interessentenkreis hätten, steht die Tatsache entgegen, daß der Interessentenkreis z. Beisp. für die ständigen Rubriken für Börsenberichte und Währungstabellen recht begrenzt ist. Eine laufende Berichterstattung und Stellungnahme zu den NS-Prozessen hat eine erzieherische Wirkung in politisch-moralischer Hinsicht, auf die seitens der Publikationsorgane nicht verzichtet werden darf.

IV

Die Tatsache, daß die Nazis ihre Aktivität ständig steigern, veranlaßt uns, besonders ihre Methoden unter die Lupe zu nehmen. Von einigen Verbrechen distanzieren sie sich, bei anderen werden sie als Folge des Nazi-Krieges entschuldigt und weiter stellt man den KZ-Verbrechen den Bombenkrieg der Alliierten gegenüber. Sie bestreiten ihre Schuld und schaffen eine Kollektivschuldthese für die anderen Länder.

Die Versuche, Klarheit über unsere Vergangenheit zu schaffen, werden damit beantwortet, daß wir „das Alte sehen lassen sollen“. Wir sollen vergessen, damit die Nazis die Vergangenheit ungestört fälschen können.

Weiter ist es ihre Taktik, die Kriegsverbrecher-Prozesse als eine Anklage gegen die gesamte Wehrmacht darzustellen, um die Soldaten des 2. Welt-

krieges in Bausch und Bogen in ihre Schuld einzubeziehen. **Generale der nationalsozialistischen Wehrmacht beklagen in ihren Kriegserinnerungen, daß sie den Krieg verloren haben. Nicht einer von ihnen beklagt es, daß sie den Krieg begonnen haben.** Sie brüsten sich heute noch, daß die Nazis den Krieg gewonnen hätten, hätte nur Hitler auf sie gehört.

Hitler wird heute von den Nazis als ein Mann des Friedens hingestellt; den Krieg wollten die Amerikaner, die Engländer, Franzosen und Russen. **Sie** sollen schuld am Kriege sein und nicht die Nazis. Zur Verbreitung dieser Lüge ist jetzt ein „Ausschuß zur Erforschung der Kriegsschuld“ gebildet worden, der sich in Versammlungen für die Rehabilitierung der Nazis und der Diffamierung der Nazigegner aller Länder einsetzt. Sie bezeichnen den Widerstand gegen den Nazismus als Landesverrat. Sie tüfteln an den Zahlen über die Toten des Naziterrors herum, leugnen die Greuelthaten oder bezeichnen sie als übertrieben.

Sie stellen Hitler als Erfinder des Wirtschaftswunders dar; die Nazis hätten die Vollbeschäftigung erreicht. Sie hätten die Autobahnen gebaut; dem Arbeiter, der unter der Demokratie arbeitslos war und hungerte, Arbeit und Brot gegeben. Unter den Nazis sei Deutschland stark und mächtig gewesen. So wird systematisch die grauenhafte Vergangenheit zugedeckt.

Es ist nicht zu übersehen, daß diese durch und durch verlogene Propaganda bei uns an Boden gewinnt. Nicht nur bei der Generation, die den Nazismus noch bewußt erlebt hat, sondern auch bei der Jugend. Wie dumm ist das so oft gebrauchte Wort von den „Nazis, die sowieso bald aussterben“.

Damit können wir unserer Jugend, die durch den nazistischen Ungeist vergiftet wird, nicht helfen. Denken wir doch nur an die kriegsverherrlichenden Filme, an die „frisch-fröhliche“ Kriegsliteratur, den Hurra-Kitsch der „Landser-Hefte“. Da wird Brutalität bis in die letzte Einzelheit ausgewälzt, der deutsche Soldat zum Berserker, Maulhelden und Totschläger gemacht. Die Engländer sind „schlechte Soldaten“, die Russen „rote Horden“, die Italiener „Spaghettifresser“, die Amerikaner haben immer „die Hosen voll“ und so weiter, Heft um Heft. **Und von diesen „Landser-Heften“ erscheinen jährlich zehn Millionen Exemplare:** Jahr für Jahr zehn Millionen Hefte.

Wohl bemühen sich eine große Zahl der in der Bundesrepublik bestehenden Jugendorganisationen, der Schlammlut der nazistischen Verhetzung einen Damm entgegenzusetzen. Wir alle kennen die ernsthaften Bemühungen dieser Organisationen, unsere Jugend mit den Problemen der Vergangenheit bekannt zu machen, um sich mit ihnen auseinander zu setzen.

Demokratische Proklamationen, Bekenntnisse zu Schuld und Sühne genügen aber nicht. Entscheidend ist doch die Erkenntnis, wie es war und wie es dazu kam. Ist es nicht bedenklich, wenn zu Gedenkfeiern in Bergen-Belsen zirka 3000 junge Menschen aus dem Bundesgebiet kommen, während zur gleichen Zeit an Kundgebungen, die gegen Polen und die Tschechoslowakei gerichtet sind, 300 000 Menschen teilnehmen. **Schon einmal wurde für Straßburg und Danzig marschiert. Dieser Marsch endete in Schützengräben und Bombenkellern.**

V

Unser Bemühen, der Jugend die Geschichte nahe zu bringen, muß zu einer echten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit werden. Nur die Auf-

arbeitung unserer Vergangenheit kann die Voraussetzung dafür schaffen, daß sich die Geschichte nicht wiederholt. So stellt sich also die Frage, **welchen Anteil unsere Schulen an dieser Aufgabe nehmen.** Zwar beschäftigen sich zahlreiche Konferenzen unserer Minister und Erzieher mit diesen Problemen.

Bisher ist es aber noch nicht einmal gelungen, ein brauchbares Geschichtsbuch über die Zeitgeschichte herauszubringen. Im günstigsten Falle werden unbedeutende Randerscheinungen in den Mittelpunkt gestellt, ohne das Wesentliche zu behandeln. **Judenverfolgung, Religionsverfolgung, Konzentrationslager und der Widerstand gegen die Nazis werden, wenn sie überhaupt behandelt werden, mit wenigen Zeilen abgetan. Wo wagt es ein Lehrer, den Text der „Nürnberger Gesetze“ und den Kommentar dazu zu behandeln?** Erst die gründliche Kenntnis dieser Gesetze und Kommentare würde es den Jugendlichen ermöglichen, die nackte Brutalität des Naziregimes zu erfassen. Zur Auseinandersetzung mit der Nazizeit gehört auch ein wahres Bild über den Widerstand gegen Hitler.

Es kann unserer Jugend doch nicht verschwiegen werden, daß in Nazi-Deutschland mehr als eine Millionen Frauen und Männer wegen ihrer Gegnerschaft zum Nazisystem eingekerkert waren und daß etwa dreißigtausend Deutsche von den Nazigerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet und zehntausende erschlagen wurden.

Es ist nicht wahr, daß der deutsche Widerstand gegen die Nazis erst begann als der Krieg verloren war! Es ist auch nicht wahr, daß nur der preußische Adel, die Generale und hohe Beamte Widerstand leisteten. Widerstand wurde von Anbeginn geleistet von Hunderttausenden von Frauen und Männern unseres Volkes. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus schlossen sich Menschen aller politischen und religiösen Bekenntnisse zusammen einig in dem Ziel, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ein Ende zu bereiten.

Dieser Widerstand, verkörpert durch die Widerstandskämpfer in den von den Nazis besetzten europäischen Ländern, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, hat Achtung und Anerkennung in der ganzen Welt gefunden. Daran sollte nicht nur gedacht werden, wenn es gilt auftretende braune Flecken vor dem Ausland zu verdecken.

Der Widerstand gegen den Nazismus ist ein wesentlicher Bestandteil unserer jüngsten Vergangenheit. Seine Behandlung muß endlich Bestandteil des Unterrichts in den Schulen und höheren Lehranstalten werden. Auch in den Jugendorganisationen sollte diese Frage mehr als bisher diskutiert werden.

Wir sollten uns bemühen, den Schulbehörden und Jugendorganisationen mit Anschauungsmaterial zu helfen. Einige Beispiele mögen die Bedeutung unseres Vorschlages unterstreichen:

In Hamburg ließ eine Lehrerin in ihrer Klasse das „Horst-Wessel-Lied“ singen. Auf einen Protestbrief antwortete der Oberschulrat Fr. Jürgensen in Vertretung des Landesschulrats Hamburg: „... Zwar hat die Lehrerin der Peter Petersenschule im gemeinschaftskundlichen Unterricht mit den Schülern das sogenannte Horst-Wessel-Lied gesungen, aber nicht, wie Sie nach den Veröffentlichungen in der Presse meinen, um die Schüler nationalsozialistisch zu beeinflussen, sondern um sie in eine abschreckende Situation des geistigen

Terrors zu versetzen. Diese Lehrerin, an deren politischer Integrität kein Zweifel möglich ist, wollte ihren Schülern demonstrieren, wie ihr und ihrer Klasse zumute war, als sie unter der nationalsozialistischen Herrschaft von ihrem Schulleiter gezwungen wurde, das Horst-Wessel-Lied mit ihrer Klasse zu singen...

Kann diese Art von Verteidigung überzeugen? Unsere Jugend spürt die Halbheiten, die Inkonsequenz in unserem zeitgeschichtlichen Unterricht. Das führt dann dazu, daß viele überhaupt nichts mehr davon hören wollen.

Das „Hamburger Echo“ v. 20. Februar 1961 bringt einen Bericht über die 119. Sitzung des Westberliner Parlaments der Schulen. Dort sagt ein Schüler: „Wir können das schon nicht mehr hören, man sollte diese Tonbänder endlich löschen.“ Der 19jährige Schüler K. sagt: „Diese andauernde Einseitigkeit in den Schulfunkprogrammen läßt sich nur aus der befohlenen Richtung für Lehrer erklären, die sie selbst nicht glauben.“ Ein anderer Schüler meint: „Was soll überhaupt in diesen Sendungen die Rührseligkeit gegenüber den Juden.“

Auf einer Tagung der evangelischen Akademie in Tutzing hörte man nach einem Bericht der „Welt“ vom 6. 2. 62 folgende Meinungen: „Das dauernde Gerede von der Schuld des Dritten Reiches steht uns bis zum Hals. Wir Jungen wollen unbelastet ins Ausland gehen.“ „Ich sehe nicht ein, warum ich mir die Schuld anderer Leute vorwerfen lassen muß.“ In dem Bericht heißt es weiter: „Eine improvisierte Abstimmung ergab, daß nur etwa sechzig Prozent der anwesenden Schüler und Studenten im Unterricht etwas über das Schicksal der Juden in Deutschland erfahren hatten.“ „Die Lehrer distanzieren sich sofort“, berichtete eine junge Dame und zitierte ihren eigenen Studienrat: „Ich war nicht dabei.“

Begnügen wir uns mit diesen wenigen Beispielen. Zeigen sie doch, wie dringend notwendig die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist, wie sehr auch unsere Jugend eine systematische Aufklärung über den Widerstand und die Konzentrationslager braucht, um diese Zeit zu verstehen und die Schlußfolgerungen für ihr eigenes Verhalten zu ziehen. Unsere Jugend ist nicht verantwortlich für das was war, aber die Gestaltung der Zukunft hängt allein von ihr ab. Wir wollen ihr helfen und sie vor Verstrickung in neue Schuld bewahren.

Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Machen wir sie doch bekannt mit dem Leben und Wirken der von den Nazis gemordeten Frauen, Männer und Kinder aus ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrer Schule etc.

Zum Beispiel könnte man einer Schule den Namen eines aus ihr hervorgegangenen Widerstandskämpfers geben. Von der Schule her müßte die Zusammenarbeit mit der Elternschaft angestrebt werden.

Es geht nicht nur darum, daß unser Volk seine Ehrenpflicht den Opfern gegenüber erweist, es geht vielmehr darum, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

VI

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit schafft erst die Voraussetzung, dem heute schon wieder aktuellen Problem des

Neonazismus und Antisemitismus wirkungsvoll entgegenzutreten. Selbstgefällige Sonntagsreden geben nur ein irreführendes Bild. Wie es wirklich aussieht, dafür einige Beispiele:

„In einer Fernsehsendung vom 6. Mai 1962 über den Antisemitismus in der Bundesrepublik antworteten auf die Frage, ob es in der Bundesrepublik zu viel oder zu wenig Juden gäbe, die meisten: zu viele.“ („Allgem. Wochenzeitung der Juden“ vom 11. 5. 62.)

„Von tausend Befragten äußerten sich 463 betont antisemitisch, 129 wichen der Frage aus oder hatten keine Meinung.“ („Spiegel“ v. 16. 5. 62.)

Das DIVO-Institut stellte u. a. folgende Frage: „Hätten Sie Bedenken, wenn Juden hohe Stellungen in der Bundesrepublik einnehmen würden?“ Nach der Umfrage äußerten in der Bundesrepublik 41% der Befragten Bedenken gegenüber einer Mitarbeit der Juden. In Westberlin waren $\frac{2}{3}$ der Befragten gegen eine Mitarbeit der Juden. (Der „Allg. Wochenzeitung der Juden“ v. 18. 8. 61 entnommen.)

Diese Zahlen beweisen unwiderlegbar, wie der Antisemitismus in der Bundesrepublik anwächst. Es wird zu wenig dagegen getan. Auch darf man die Auseinandersetzung mit diesem Problem nicht durch Mitleid ersetzen. Es darf auch nicht länger die Angelegenheit einiger weniger exklusiver Kreise bleiben, sich gegen den Antisemitismus zu wenden. Unsere Auffassung, daß der Jude nicht **auch** ein Mensch, sondern ein Mensch wie Du und ich ist, muß Allgemeingut werden. Antisemitismus ist keine biologische, religiöse, ökonomische oder politische Frage: **Antisemitismus ist die Methode, politische Fragen mit kriminellen Mitteln zu lösen.** Er bedroht nicht nur die Existenz der wenigen überlebenden jüdischen Menschen, sondern die Existenz unseres Staates. **Wo der Rufmord zum politischen Prinzip erhoben, wo die vorher geleerte Schnapsflasche zum politischen Argument wird, wo täglich die niedrigen Instinkte mobilisiert werden, da findet der Antisemitismus seinen Nährboden. Aber da ist die Freiheit, der Frieden und die Sicherheit aller Menschen bedroht.** Wenn wir nicht wieder im Sumpf der Unduldsamkeit und des Hasses versinken wollen, muß dem Antisemitismus mit der ganzen Autorität der Gesellschaft entgegengetreten werden.

VII

Es ist wieder an der Zeit daran zu erinnern, daß unsere Gemeinschaft im Lager um so fester wurde, je mehr sich der Terror der SS steigerte. Wo immer auch ein Sachsenhausener steht — das gilt gleichermaßen für alle Gegner des Nationalsozialismus —, in welcher Organisation er wirkt, in welcher Stellung er sich befindet, er muß sich als ein Glied unserer Gemeinschaft fühlen und seine ganze Kraft für den gemeinsamen Kampf gegen den nazistischen Ungeist einsetzen. Ständige Informierung aller Sachsenhausener, die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik wirken (Abgeordnete, Politiker, Gewerkschaftler, Geistliche aller Konfessionen, Wissenschaftler, Erzieher, Publizisten, Künstler, Schriftsteller usw.), sind eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg unserer Arbeit. Wir werden die Probleme, die in diesem Rahmen nur angeschnitten werden konnten, in gemeinsamen Beratungen behandeln und sie dann zur öffentlichen Diskussion stellen.

VIII

In unserem Kampf gegen den Neonazismus sind wir uns der Unterstützung

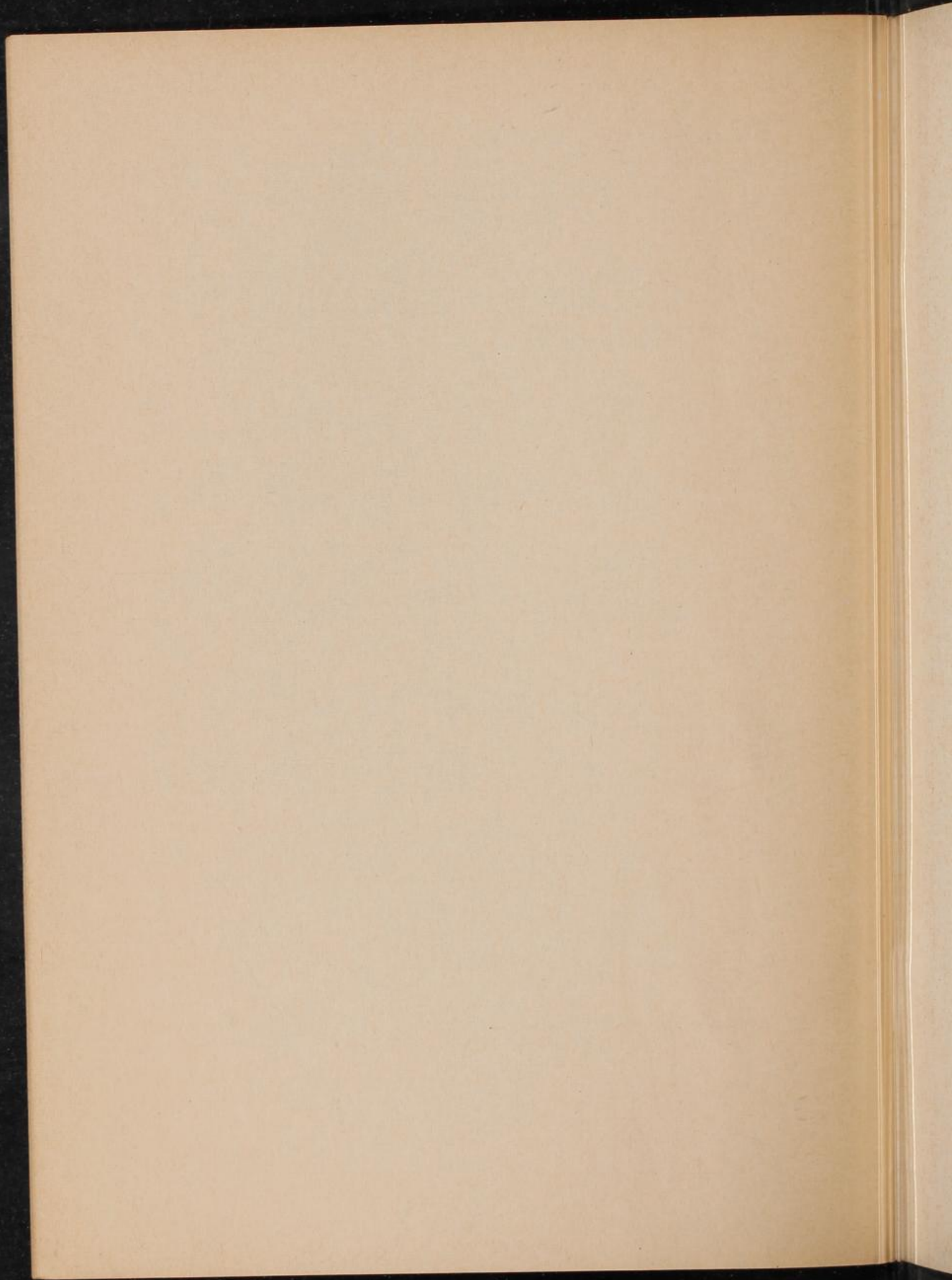
aller Nazigegner der anderen Länder sicher. Die in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern geschlossene Freundschaft endete nicht mit der Niederlage der Nazis. Zwischen den Widerstandskämpfern der anderen Länder und uns hat es niemals eine Feindschaft oder einen Graben gegeben, wir brauchen also keinen Graben zuzuwerfen und keine Feindschaft zu beenden.

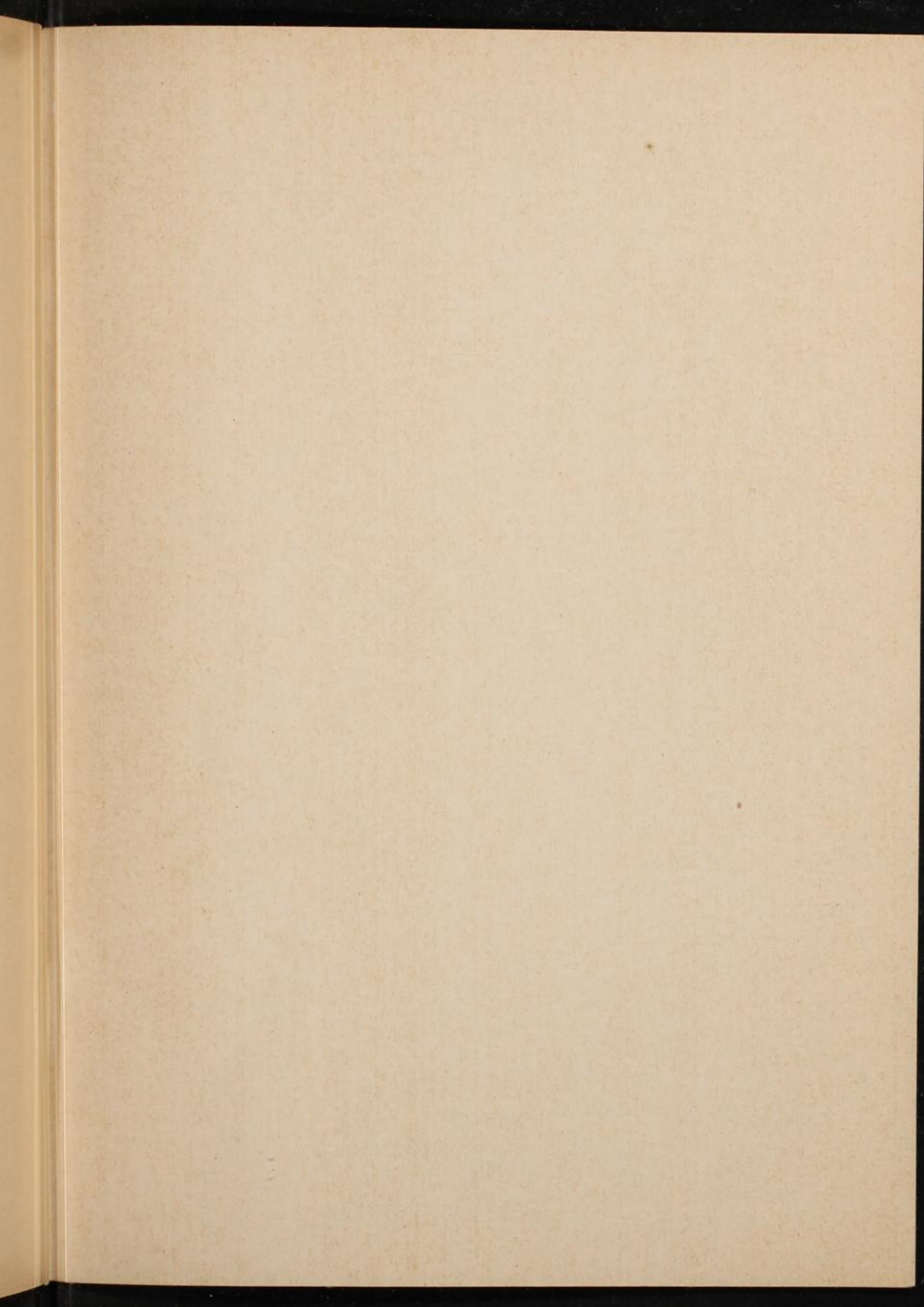
Wir fanden uns schon im Geiste der Menschlichkeit zusammen als es noch lebensgefährlich war, als die nationalsozialistische Wehrmacht ein Land nach dem anderen überfiel, als die SS mit Galgen und Gaskammer wütete, als die nazistischen Wirtschaftsführer die Menschen in die Sklavenarbeit trieben.

Unsere Freundschaft mit allen Völkern wird nicht von Geschäftsinteressen bestimmt; es sind auch nicht politische oder militärische Vorteile, die diese Freundschaft bestimmen. Wir haben uns zusammengefunden in dem einen Ziel, alles zu tun, damit endlich Ruhe und Frieden in der Welt einkehren. Der Neonazismus bedroht nicht nur Deutschland, sondern auch seine Nachbarländer und die ganze Welt. Seine Bekämpfung ist keine innerdeutsche Angelegenheit allein. Die Niederringung des Neonazismus ist eine Lebensfrage für alle Völker.

So sollten unsere Kameraden der anderen Länder sich dafür einsetzen, daß alle Erscheinungen von Nazismus und Antisemitismus öffentlich diskutiert werden. Wir laden sie zu Informationsbesuchen ein. Der ständige Gedankenaustausch muß mehr als bisher gefördert werden. Wir müssen gemeinsam auf alle Regierungen einwirken, damit die Archive die Dokumente über Naziverbrechen der Öffentlichkeit zugänglich machen. Es muß uns gelingen, eine weltweite Bewegung zu entfachen.

Bevor Frieden in der Welt einkehren wird, gibt es noch viele Probleme, die dringend der Lösung bedürfen. Ich bin aber überzeugt, daß diese leichter zu lösen sind, wenn der Nazismus aus der Welt verschwunden ist, denn Nazismus heißt Terror und Gewalt. **Deswegen sollten wir uns alle zum gemeinsamen Handeln vereinen in der Erkenntnis, daß erst durch die Überwindung der nazistischen Bedrohung Frieden, Freiheit und Sicherheit für Deutschland und die Welt errungen werden.**





Preis: DM 1.-

Harry Naujoks

DAS

GESTERN

Colour & Grey Control Chart

Danes Picta

Blue
White

Cyan
Grey 1

Green
Grey 2

Yellow
Grey 3

Red
Grey 4

Magenta
Black



BESTIMMEN

